

Der Vollzugsdienst

4-5/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Die Unwägbarkeiten der Föderalismusreform sind bekannt

AG Justiz trifft Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley

Seite 7

Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst geschlossen

Politisches Abendessen des dbb Hessen in Wiesbaden

Seite 44

Die Erhöhung der besonderen Altersgrenze ist nicht hinnehmbar

VNSB im Gespräch mit Nds. Finanzminister Reinhold Hilbers

Seite 57

Foto: © bluedesign/AdobeStock



Quo vadis Strafvollzug?

Limburger Urteil gegen Vollzugsbedienstete schockiert

Mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Baden-Württemberg



Brandenburg



Sachsen

INHALT



BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Quo vadis, Strafvollzug ?
Limburger Urteil gegen
Vollzugsbedienstete schockiert
- 1 Vorhersehbar – kausal – objektiv
zuzurechen ... ???
Zwischenruf 2 aus Hessen
von Birgit Kannegießer
- 7 Arbeitstreffen der Tariffkommission
des BSBD
- 7 Unwägbarkeiten der Föderalismus-
reform sind bekannt –
AG Justiz trifft Bundesjustizministerin
Dr. Katarina Barley
- 8 Streikleiterkonferenz
tagte in Berlin
- 8 12. Deutscher Seniorentag:
Brücken bauen – Solidarität in der
Gesellschaft
- 9 Frauen 4.0:
„Ab durch die gläserne Decke“
- 10 Demokratie stand im Mittelpunkt
des Seminars
- 11 Ansehen des öffentlichen Dienstes
ungebrochen gut

LANDESVERBÄNDE

- 13 Baden-Württemberg
- 27 Bayern
- 29 Berlin
- 34 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 43 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 56 Niedersachsen
- 60 Nordrhein-Westfalen
- 74 Rheinland-Pfalz
- 80 Saarland
- 81 Sachsen
- 83 Sachsen-Anhalt
- 89 Schleswig-Holstein
- 93 Thüringen
- 86 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2018:

⇒ ⇒ **11. Dezember 2018**



Verbindlichkeit geschaffen

Leitfaden Dienstplanung und Dienstvereinbarung Betriebliches Eingliederungsmanagement gezeichnet!

Zwei wichtige Dienstvereinbarungen zwischen HMdJ und HPR geschlossen

Geschafft! Am 6. September 2018 – morgens um 8 Uhr – wurde endlich die Dienstvereinbarung über die verbindliche Einführung des Leitfadens für die Personaleinsatzplanung, Zeitwirtschaft und Abrechnung zwischen dem Hessischen Ministerium der Justiz und dem Hauptpersonalrat Justizvollzug von Staatsministerin Kühne-Hörmann und HPR-Vorsitzenden der Birgit Kannegießer gezeichnet.

Insgesamt fünf Jahre arbeitete eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von HPR und Gewerkschaften an der Fortschreibung der Version „1.0“. Fünf Jahre zogen ins Land, nicht deshalb, weil die Arbeitsgruppe keinen Eifer an den Tag legte; nein, es dauerte fünf Jahre, weil Rechnungsprüfungsamt, Rechnungshof, Finanzministerium und Innenministerium beteiligt werden mussten und einzelne Regelungen immer und immer wieder abzustimmen waren bzw. geltend gemacht wurde, der Abstimmung sei noch nicht genüge getan. Da gab es Einen, der sich besonders verbissen hatte in den Gegenwind und es uns wahrhaftig schwer machte. Ein besonderes Lob gilt an diesem Punkt mal den Sachbearbeitern im Justizministerium, ehemals Kollege **Lars Witzel**, und ihm folgend Kollege **Michel Nowak**, die dauernd und neu jeglichen Schriftverkehr, Beteiligungen, Terminfindungen, Protokollierungen etc. sachbearbeitend zu steuern hatten. Das war Ausdauer auf hohem Niveau. Ziel war das stiften von Verbindlichkeit und einheitlicher Vor-



Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann und HPR-Vorsitzende Birgit Kannegießer zeichnen die Dienstvereinbarungen.

gehensweise in den hessischen Justizvollzugsanstalten, der bisherige Leitfaden hatte nur Empfehlungscharakter. Denn – Zitat aus dem Vorwort des jetzt verabredeten Leitfadens – „ein großer Teil der Bediensteten des hessischen Justizvollzugs arbeitet während des gesamten beruflichen Lebens im Schicht- und Wechselschichtdienst. Dieser Dienst erfordert ein hohes Maß an Flexibilität, Einsatzbereitschaft und Engagement. Er belastet schließlich die Gesundheit und begrenzt das soziale und familiäre Leben. Auf der anderen Seite fordert der Betrieb einer JVA mit immer wieder neuen Herausforderungen eine

flexible Personaleinsatzplanung, kurzfristige Dienstplanänderungen und gegebenenfalls die Anordnung von Mehrarbeit/Überstunden oder deren Abbau. Hier kollidieren folglich fortlaufend Interessenlagen miteinander. Es ist die Aufgabe aller Bediensteten, den Dienstbetrieb zu garantieren, auf der anderen Seite sind persönliche Bedürfnisse zu berücksichtigen und den gesundheitlichen Belangen der Betroffenen ist angemessene Rechnung zu tragen.“

Klar ist bereits heute, dass die Dienstvereinbarung im kommenden Jahr nochmals fortzuschreiben sein wird. Dann tritt die bereits überarbeitete Arbeitszeitverordnung für den hessischen Justizvollzug – auch die war dringend zu modernisieren – in Kraft, wodurch tatsächlich einzelne Regelungen anzupassen sein werden.

Der **BSBD** hat sich sehr engagiert und manchmal auch ungemütlich in allen Verhandlungen eingebracht. Besonderer Dank gilt den Kollegen **Franz-Josef Pfeifer**, **Reiner Ruf** und **Matthias Gerber**, die das Projekt (neben der Vorsitzenden) begleitet haben.

Darüber hinaus wurde am 6. September 2018 auch die bereits seit 2010 bestehende Dienstvereinbarung zum „Betrieblichen Eingliederungsmanagement“ fortgeschrieben.

Allerdings brauchten HPR und HMdJ hierfür nur zehn Tage bis zur Unterschriftsreife. Rekordverdächtig!



Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Bediensteten im hessischen Justizvollzug Uwe Dehne zeichnet die Dienstvereinbarung BEM mit.

Fotos (2): © HMdJ

Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte geschlossen

Bei der Unterzeichnung des Pakts



Alexander Bauer.



Nancy Faeser.



Mathias Wagner.



Hermann Schaus.



René Rock.



Heini Schmitt.

Am 21.08.2018 wurde in Wiesbaden der Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte zwischen allen im Landtag vertretenen Parteien und dem dbb Hessen geschlossen.

In Anwesenheit von Innenminister Peter Beuth zeichnete für die CDU MdL Alexander Bauer, die SPD wurde durch MdL Nancy Faeser vertreten, für die Grünen war Mathias Wagner, für die Linken Hermann Schaus und für die FDP René Rock dabei. Es herrschte große Übereinstimmung darüber, dass alle nach Kräften gemeinsam an der Bekämpfung dieses Phänomens, das sich in den letzten Jahren massiv verstärkt hat, beteiligen müssen.

Auch im Justizvollzug spüren wir diese Entwicklung. BSBD Landesvorsitzende Birgit Kannegießer berichtete an diesem Abend von einem Übergriff im August 2017. Ein Gefangener, nicht einverstanden mit seiner Verlegung in eine Kamerazelle, griff einen Kollegen an, würgte ihn an der Gurgel. Der Gefangene wurde durch das sofortige Eingreifen des zweiten Kollegen gemeinsam niedergedrückt, dabei erlitt der zuvor gewürgte Kollege darüber hinaus noch einen Rippenbruch. Strafanzeige wurde unmittelbar erstattet. Allerdings musste der verletzte Kollege, der

ein knappes Jahr später als Zeuge zum Gerichtsverfahren eingeladen war erleben, wie Richterin und Staatsanwältin das Verfahren nach § 154 Abs. 2 StGB einstellten. Einstellungsgrund: die Bestrafung hat keinen weiteren Einfluss auf die Gesamtdauer – der Gefangene war zu etwas mehr als vier Jahren wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilt worden. Man spricht auch von Prozessökonomie, weitere Zeugen hätten wohl auf Antrag des Verteidigers gehört werden müssen.... Etc.

„Wenn das Schule macht,“ so Birgit Kannegießer, BSBD Landesvorsitzende, „dann sind besonders die Bediensteten der Anstalten der Sicherheitsstufe I demnächst quasi Freiwild für jegliche Pöbeleien, Beleidigungen oder gar körperliche Übergriffe in den Anstalten.“

Der dbb Hessen beobachtet schon sehr lange das Phänomen zunehmender Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Nach dem Symposium im Februar 2018 lud dbb-Landesvorsitzender Heini Schmitt beim Gewerkschaftstag im Mai 2018 die politischen Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien zu einem Pakt ein. Nur gemeinsam könne und müsse man der zunehmenden Gewalt im Zusammenwirken aller relevanten Beteiligten und Institutionen mit aller Konsequenz

begegnen, um die Beschäftigten des öffentlichen Diensten wirksam vor Übergriffen zu schützen. Der dbb Hessen verbindet damit u. a. folgende Forderungen an Politik und Gesellschaft:

- Verbesserung bei der Ausrüstung, der Aus- und Fortbildung und dem Gefahretraining
- Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes, insbesondere durch eine eigenständige Strafvorschrift für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst
- Verbesserung des dienstlichen Rechtsschutzes
- Verbesserung der Möglichkeiten zur Erlangung von Schadensersatz und Schmerzensgeld
- Verbesserung der Unterstützung und Betreuung der Opfer nach einem Übergriff
- Erstattung einer Strafanzeige bei jedem relevanten Sachverhalt
- angemessene Strafforderungen seitens der Staatsanwaltschaft
- angemessene Verurteilungen durch die Gerichte
- generelle Zulassung der Nebenklage und des Adhäsionsverfahrens
- Sensibilisierung und Professionalisierung von Führungskräften und Kolleginnen und Kollegen der Opfer zu deren Unterstützung bei Rückkehr an den Arbeitsplatz
- Verbesserung des Schutzes der Privatsphäre der Beschäftigten, insbesondere durch Datenschutzmaßnahmen (Auskunftssperren pp.)
- Verbesserung der Personalsituation (für mehr Eigensicherung und mehr Ressourcen für die Bearbeitung durch die Justiz)
- Betonung des positiven Verständnisses des Begriffs „Staatsdiener“ in der Öffentlichkeit
- Benennung fester Ansprechpartner speziell für die Opfer von Übergriffen
- Prüfung der Einrichtung eines „Gewaltbeauftragten“ beim Hessischen Landtag.

Der dbb Hessen bleibt am Ball, versprochen!



Die Teilnehmer des Politischen Abendessens (v.l.n.r.): Julika Lückel, René Rock, Reinhold Petri, Birgit Kannegießer, Alexander Bauer, Heini Schmitt, Mathias Wagner, Nancy Faeser, Michael Volz, Sonja Waldschmidt, Hermann Schaus, Heinrich Roßkopf, Helmut Deckert. Nicht auf dem Foto: Peter Beuth, Thomas Müller.

Fotos dbb hessen (7): Th. Müller

Wechsel an der Abteilungsspitze

Ruth Schröder verlässt den hessischen Justizvollzug

Nach fünf Jahren im Hessischen Ministerium der Justiz geht's ins Berliner Ministerium der Justiz

Fünf Jahre saß Ruth Schröder auf einem der ungemütlichsten Stühle der hessischen Landesverwaltung, auf dem Stuhl der Abteilungsleitung IV im Hessischen Ministerium der Justiz – kurz: HMdJ – und stand dem hessischen Justizvollzug vor.

Fünf Jahre, in denen einiges errungen, einiges bewegt und selbstverständlich auch gestritten wurde. Fünf Jahre also beständiges Survivaltraining bei fortwährendem Beschuss von stets unter-



Scheidende Abteilungsleiterin Justizvollzug Ruth Schröder mit Nachfolger Thorsten Kunze.

schiedlicher Seite. Auch mal von uns, dem Hauptpersonalrat Justizvollzug bzw. von uns, dem **Bund der Strafvollzugsbediensteten** Hessen, der Fachgewerkschaft im Justizvollzug.

Ständiger Gegenwind von Rechnungshof, Innenministerium und Finanzministerium

So verhandelten wir in den gesamten fünf Jahren über die jetzt endlich unterzeichnete Dienstvereinbarung hinsichtlich des Leitfadens für Personalbemessung, Dienstplanung und Abrechnung. Fünf Jahre mit ständigem Gegenwind vom Rechnungshof, aus dem Innenmi-

nisterium, dem Finanzministerium und schließlich natürlich im ständigen Austausch mit uns, **HPR** und **BSBD**.

Wir korrigierten die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den AVD, kehrten zurück zu zwei fachtheoretischen Ausbildungsabschnitten, passten die Lehr- und Stoffpläne an, stets unter Beteiligung der Ausbildungsleitungen und der nebenamtlichen Lehrkräfte.

Die Geschäftsanweisung für das Versorgungswesen, die Geschäftsanweisung für die Vollzugsanstalten, Nedis – hier insbesondere die Ausgestaltung der so genannten Beobachtungsbögen, Orientierungsrahmen und der Wegfall des Beurteilungsdurchschnitts von 10,49 Punkten für die Anstalten...

Und schließlich die Verhandlungen um die Ausgestaltung der hessischen Verwaltungsvorschriften (HVV) zu den Vollzugsgesetzen.

Ein Thema folgte dem anderen.

Ruth Schröder kam jedes Jahr zur Personalräteschulung in Weilburg und stellte sich stets sehr interessiert dem Dialog mit den dort anwesenden Personalratsmitgliedern aller hessischen Anstalten. Für Nichthessen die kurze Info: jedes Jahr nehmen 70 Personalratsmitglieder teil, dort sind jedes Jahr (fast)

alle örtlichen Personalräte vertreten. Mit ihrer Zugewandtheit und Bereitschaft zum Zuhören und zur Auseinandersetzung trug sie ganz wesentlich zum spürbaren Klimawechsel im hessischen Justizvollzug bei. Dafür sei **Frau Schröder** auch hier im „Vollzugsdienst“ ausdrücklicher Dank bekundet.

Es bleibt, alles erdenklich Gute für die neue Aufgabe als Abteilungsleiterin I (Zivilrecht) im Bundesjustizministerium in Berlin zu wünschen.

Nachfolger Thorsten Kunze ist kein Unbekannter

Der Stuhl der Abteilungsleitung Justizvollzug wurde fast nahtlos wiederbesetzt. Es ist kein Unbekannter. **Thorsten Kunze** gehörte der Fachabteilung viele Jahre an, war maßgeblich beteiligt an allen hessischen Vollzugsgesetzen (sozusagen deren „Vater“) und war zuletzt stellvertretender Abteilungsleiter Justizvollzug, bevor er als „Vize“ zur Generalstaatsanwaltschaft wechselte. Er kennt folglich den Justizvollzug, kennt ergo uns.

Wir wünschen einen guten Start in die jetzige Aufgabe und das notwendige Quäntchen Glück, um im Justizvollzug zu „überleben“.



Stellvertretender Abteilungsleiter Justizvollzug Kämmerer und der Leiter des HBWS Albrecht wünschen für die neue Aufgabe im Bundesjustizministerium alles Gute. Fotos (2): BSBD Hessen.



Kredite ablösen und Wünsche erfüllen – Freiräume schaffen

Beamtendarlehen zu **Bestkonditionen bis 100.000 Euro & niedrigen Monatsraten**

Unverbindliches Angebot unter: **030 / 4081 6444** oder www.dbb-vorsorgewerk.de/bd



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Besuch bei der Deutschen Steuergewerkschaft Hessen

Tätigkeitsbericht aus dem Landesvorstand (1)

Im Gespräch mit Kollegen, wird oft gefragt, was der Landesvorstand des BSBD eigentlich so das ganze Jahr über tut. Der aufmerksame Leser der Zeitschrift Vollzugsdienst, sieht aus einer Vielzahl von Berichten – zu meist aus der Feder der Vorsitzenden Birgit Kannegießer – ansatzweise, was es heißt den Strafvollzug in die Öffentlichkeit zu bringen.

Gewerkschaftsarbeit ist Teamwork. Den Mitgliedern des Landesvorstandes und den jeweiligen Ortsverbänden ist es eine Herzensangelegenheit, für unseren Bestand einzutreten, im Dialog mit den politischen Entscheidern auf Missstände hinweisen, immer wieder zu appellieren, wo es hängt und klemmt. Im Landesvorstand ist es nicht anders als in den Ortsverbänden. Es geht nur miteinander. Wir möchten euch die Gewerkschaftsarbeit ein wenig näherbringen. Berichte aus den Ortsverbänden sowie aus dem Landesvorstand Hessen sollen für euch einen kleinen Einblick in die Arbeit eurer Gewerkschaftsvertretung gewähren. Der BSBD zeichnet sich aus durch Nähe. Jedes Bundesland hat ihre Vertretung. Jede Landesvertretung entsendet zur Bundesvertretung. Unter dem Dach des DBB sind neben dem Strafvollzug auch weitere Gewerkschaften vertreten. Unter ande-

rem die Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG). Am 19. Juni 2018 erhielten wir (Landesvorstand BSBD) eine Einladung zum 24. Gewerkschaftstag der Deutschen Steuergewerkschaft Hessen. Die Veranstaltung fand in Rotenburg an der Fulda statt. Zeitgleich lag eine Einladung für den Hessischen Landtag vor. Im Vorstand wurde die Arbeit aufgeteilt.

Der Rotenburger Termin wurde auf mich delegiert. Unter den Gästen in



Rotenburg waren zahlreiche Mitglieder des hessischen Landtages. Themenbereiche wie Besoldung; unzureichende Personalschlüssel; Schwierigkeiten mit der Personalgewinnung; unzeitgemäße Ausstattung uvm. wurden vorgetragen. Die Inhalte der Reden hätten auch auf den Strafvollzug passen können. Diätenerhöhungen auf der einen Seite – Sparopfer der Beamtenschaft auf der anderen Seite. Die Rahmenbedin-

gungen der Ausbildung passen auch dort nicht. Für die Ausbildungslehrgänge steht nicht genügend Raum zur Verfügung. Die Altersabgänge können kaum mit ausgebildeten Kräften „aufgefüllt“ werden. Der demografische Wandel wird in den nächsten Jahren Einzug in jede Amtsstube halten. Jahrelange Minuswirtschaft rächt sich. Auch wie bei uns! Auch dort haben die Beschäftigten mit vermehrten „Übergriffen“ zu tun. Der Tagesordnungspunkt „Gewalt im öffentlichen Dienst“ hat auch bei der DSTG einen großen und wichtigen Teil der Veranstaltung beherrscht.

39 Mitgliedsgewerkschaften entsandten ihre Delegierten. Auch waren unter den Gästen politische Vertreter wie Thorsten Schäfer-Gümbel; Dr. Thomas Schäfer; Lena Arnold uva. vertreten. Den Höhepunkt der Veranstaltung krönte Wolfgang Bosbach mit seiner Rede „Worauf es jetzt ankommt – Deutschland in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung“. Ein brillanter Redner zog die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich. Sein Resümee „Demokratie ist keine Staatsform – sie ist eine Lebenshaltung“ beendete seinen Ausflug in die Vergangenheit zur Gegenwart und blickte in die Zukunft. Herzlichen Dank, dass wir im Auftrag und im Namen des BSBD dabei sein durften!

Wilma Volkenand

Aus den Landesverbänden

Ortsverband Kassel I

...was uns bewegt

Neuwahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung in der JVA Kassel I

Die JVA Kassel I ist eine sehr große Anstalt, die regelmäßig eine Vielzahl junger Bediensteter ausbildet. Umso wichtiger war und ist es uns, als Gewerkschaft auch für die Anwärtinnen und Anwärter eine starke Stimme vor Ort zu haben, die sich um die Belange der dienstjungen Kolleginnen und Kollegen kümmert.

Wie bereits in einer Ausgabe des Vollzugsdienstes berichtet, bewegt uns Nordhessen immer das Thema Abordnungen an mittel- und/oder südhessische Anstalten... aber auch andere Themen werden von der JAV aufgegriffen und angesprochen. So konnten wir



1. Vorsitzender: Alexander Steppan.



Stellv. Vorsitzender: Christoph Klapp.



Elisa Heyde.



Salina Wächter. Fotos (4): BSBD OV Kassel I

**BSBD Ortsverband Kassel:
Eine starke Jugend- und Auszubildendenvertretung vor Ort.**

auch in diesem Jahr junge, motivierte Kolleginnen und Kollegen gewinnen, die bereit waren, für die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung auf der Liste des **BSBD** zu kandidieren.

Zur Wahl haben sich **Elisa Heyde**, **Salina Wächter**, **Alexander Steppan** und **Christoph Klapp** gestellt. Die Auszählung der Stimmen erfolgte durch den Wahlvorstand im Mai diesen Jahres. Im Anschluss trafen sich die Neugewählten zu einer konstituierenden Sitzung und wählten **Alexander Steppan** zum Vorsitzenden und **Christoph Klapp** zum Stellvertreter.

Ein besonderer Dank gilt allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Wahl gestellt haben. Für die Arbeit in der JAV wünschen wir ein gutes Händchen und viel Glück und Erfolg!

Für uns als Ortsverband kann die Arbeit in der JAV aber mehr sein als nur eine zweijährige Amtszeit. Vielmehr betrachten wir sie als Einstieg in die Gewerkschaftsarbeit und somit auch in die Personalratsarbeit.

Durch die regelmäßige Teilnahme an den PR-Sitzungen können gerade dienstjunge Kolleginnen und Kollegen einen Einblick bekommen.

Während ihrer Amtszeit stehen ihnen aber auch die Vorstandsmitglieder des Ortsverbandes Kassel I mit Rat und Tat zur Seite.

Beteiligung am Behördentag der JVA Kassel I



Am **12. September 2018** fand der diesjährige **Behördentag der JVA Kassel I** statt. Diesmal ging es nach Hünfeld. Wie auch schon in den vergangenen Jahren beteiligte sich der Ortsverband Kassel I mit einem kleinen finanziellen Beitrag am diesjährigen Betriebsausflug/Behördentag.

Jedes teilnehmende Mitglied erhielt eine Unterstützung in Höhe von 5,00 €. Die Auszahlung erfolgt nach den Behördentagen ca. Ende Oktober.

Wir hoffen, allen Kolleginnen und Kollegen damit eine kleine Freude zu bereiten und wünschen viel Spaß bei den diesjährigen Behördentagen.



Günter Rudolph moderierte die Diskussionsrunde.

Foto: BSBD Hessen

Opferschutz und Prävention

Veranstaltung der SPD-Fraktion in Kassel

Als Fachgewerkschaft für Strafvollzugsbedienstete erhielten wir von der SPD-Fraktion eine Einladung zur Veranstaltung am **29. August 2018 im Philipp-Scheidemann-Haus in Kassel**.

Thema dieser Veranstaltung war der effektive Opferschutz in der hessischen Innen- und Justizpolitik. **Günter Rudolph**, parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, eröffnete die Veranstaltung. Anschließend hielt der Beauftragte der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Anschlägen im Inland **Prof. Dr. Edgar Franke** ein Impulsreferat. Im Anschluss folgte eine Diskussionsrunde mit **Prof. Dr. Edgar Franke**, Rechtsanwältin **Doris Dierbach**, **Susanne Zinke** v. DVJJ und Geschäftsführerin des Kasseler Präventionsrates und **Stefan Rüppel** Vorsitzender der **GdP**-Bezirksgruppe

Nordhessen unter der Moderation von **Günter Rudolph**.

Insgesamt war der Strafvollzug und die Übergriffe auf Bedienstete nur eine Randbemerkung in der Veranstaltung. Die Ortsverbandsvorsitzende **Simone Tafel-Höfling** meldete sich im Rahmen einer Diskussionsrunde dann aber doch zu Wort, da der Eindruck entstand, dass die Übergriffe auf Polizei- und Vollzugsbeamte zum Job gehören. Dem widersprach die OV-Vorsitzende deutlich und hinterfragte die Forderung nach besserer Ausrüstung für Justizvollzug und Polizei, wenn Übergriffe doch schon immer zum Job gehören. ...

Simone Tafel-Höfling stellte klar, dass die Übergriffe zugekommen haben, was den Ruf nach besserer Ausstattung erklärt und auch Strafvollzugsbedienstete Opfer von Straftaten sind und beim Thema Opferschutz nicht vergessen werden dürfen.

Ortsverband Kassel II

Hauptversammlung beim OV Kassel II

Ehrung langjähriger Mitglieder auf der Tagesordnung

Bereits am **15. Juni 2018** fand die **Jahreshauptversammlung des BSBD Ortsverbandes Kassel II** statt.

Kollege **Ralf Kiesow**, der seit zwei Jahren Vorsitzender dieses Ortsverbandes ist, hatte zu Beginn der Jahreshauptversammlung zu einer Schweigeminute aufgerufen, da am 26. Mai 2018 völlig unerwartet der ehemalige, sehr beliebte, Kollege und Mitglied des **BSBD**, Oberamtsrat a.D. **Axel Schirmer**, im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Ralf Kiesow nahm die Jahreshauptversammlung zum Anlass über Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges aus den Bereichen der gewerkschaftlichen Arbeit zu berichten.

Dass die Gitterzulage erhöht, die wöchentliche Arbeitszeit verringert und ein LandesTicket an die Bediensteten des Landes Hessen ausgegeben werden konnte, sind nach Einschätzung von Kollege **Kiesow** ganz wichtige gewerkschaftliche Erfolge. Das LandesTicket wertet zudem die Tätigkeit im öffent-

chen Dienst auf. Auch auf den aktuellen Sachstand betreffend der Klage gegen die hessische Beamtenbesoldung wurde bei der Jahreshauptversammlung kurz eingegangen. Hier bleibt es abzuwarten, wie es weitergehen wird.

Außerdem war das im Juni ergangene Urteil des LG Limburg, bei dem zwei Bedienstete des rheinland-pfälzischen Justizvollzugs wegen fahrlässiger Tötung jeweils zu Freiheitsstrafen von neun Monaten verurteilt wurden, Thema bei der Jahreshauptversammlung. **Ralf Kiesow** ist entsetzt über dieses Urteil, da seiner Meinung nach die Resozialisierung das wichtigste Vollzugsziel ist. Wer will denn jetzt überhaupt noch Verantwortung übernehmen und Insassen in den offenen Vollzug verlegen?

In einem weiteren Tagesordnungspunkt kam es dann zu Ehrungen von **BSBD**-Mitgliedern.

Insgesamt konnten vier Ehrungen vom Vorsitzenden durchgeführt werden. Neben den aktiven Kollegen **Frank Aubel** und **Karl-Heinz Wurmstein**, die seit mehr als 25 bzw. 35 Jahre Mitglied im **BSBD** sind, hatte sich **Kiesow** beim Aushändigen der Urkunden besonders über die Jubilare **Wilfried Heinrich** und **Rudi Nebe** gefreut.

Die ehemaligen Anstaltsleiter der JVA Kassel II – Sozialtherapeutischen Anstalt – sind am 01. Juli 1993 zeitgleich beim **BSBD** Hessen eingetreten. **Kiesow** hat sich bei allen Jubilaren für die Treue

zum **BSBD** bedankt. Bei den Urkunden für **Wilfried Heinrich** und **Rudi Nebe**, die jahrelang in ihrer Funktion als Anstaltsleiter selbst Urkunden ausgehändigt hatten, konnte sich **Kiesow** den wichtigen Hinweis nicht verwehren, „dass diese Urkunden erst am 01. Juli des Jahres ihre Wirkung erlangen“.

Neben den Urkunden und Anstecknadeln des **DBB** Hessen erhielten alle Jubilare einen schönen, prall gefüllten, Präsentkorb.

Ein Kegeltornier zum Abschluss der Jahreshauptversammlung

Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung fand ab 18:00 Uhr ein Kegeltornier statt, zu dem neben den Mitgliedern des **BSBD** Ortsverbands Kassel II alle Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Kassel II – Sozialtherapeutische Anstalt – eingeladen wurden.

Obwohl das Kegeln sehr viel Spaß gemacht hatte, hätte sich Vorsitzender **Kiesow** eine höhere Beteiligung gewünscht. Die zuvor festgelegten Siegerprämien 100 Euro, 50 Euro und 25 Euro wurden zusammen mit kleinen Pokalen an die glücklichen Gewinner ausgehändigt.

Dritter wurde **Lothar Gerber**, ehemaliger Geschäftsleiter der SothA und Mitglied des **BSBD**. Erster wurde Vorstandskollege **Karl-Heinz Wurmstein** und Vorsitzender **Ralf Kiesow** erzielte den zweiten Platz.

Ortsverband Limburg:

Birgit Kannegießer mit Präsent überrascht



Der Vorsitzende des Ortsverbands, **Stefan Weber**, bedankte sich im Namen aller Bediensteten der JVA Limburg mit einem Westerwälder Krug und Blumen bei **Birgit Kannegießer**.

Im Rahmen der Landeshauptvorstandssitzung bedankte sich die JVA Limburg für die Unterstützung zum Erhalt der Dienststelle.

Im Juni 2018 jährte sich das Ereignis zur geplanten Umwandlung der JVA Limburg in eine Abschiebeeinrichtung des Landes Hessen.

Mit tatkräftiger Unterstützung der Landesvorsitzenden **Birgit Kannegießer** war es gelungen, dieses Vorhaben von der JVA Limburg abzuwenden.

Die Ereignisse am 22. Juni 2017 und die danach folgenden Aktionen ließ man nochmals Revue passieren.



V.l.n.r.: Kollegen Aubel, Heinrich, Wurmstein, Nebe, Kiesow.

Foto: BSBD Hessen

Nachruf

Am 26. Mai 2018 verstarb unser hochgeschätzter und sehr beliebter Kollege Oberamtsrat a. D.

Axel Schirmer im Alter von 68 Jahren.

Wir trauern mit seinen Angehörigen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand und alle Mitglieder des **BSBD** Ortsverbands Kassel II

Ganz besonders liegt uns die Bewerbergewinnung am Herzen. Leider müssen wir feststellen – wie im ganzen Land – dass immer weniger geeignete Bewerber auf freie Stellen zu finden sind. Der freie Arbeitsmarkt bietet eine Vielzahl guter Arbeitsplätze. Das Land Hessen oder auch der Bund steht mit uns im engen Wettbewerb um die besten Köpfe. Im Hessentrend liegen wir auch, mit vermehrt weiblichen Bewerberinnen, die im Vergleich zu männlichen Mitbewerbern oft eine bessere Qualifikation „mitbringen“. In Männer- bzw. in unserem Fall der Jugendhaftanstalt werden wir immer Tätigkeiten haben, die ausschließlich nur von Männern erledigt werden können. Das Schamgefühl ist zu wahren. Zukünftig werden wir aufgrund dieser Tatsache bei der Dienstplanung andere Wege gehen müssen. Die Herausforderungen unserer Zeit werden nicht weniger. Wir hoffen von der Politik und unserem Dienstherrn nicht alleingelassen zu werden. Die Politik ist gefordert. In der Konkurrenz mit dem freien Arbeitsmarkt haben wir

nicht nur im Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes Schwierigkeiten offenen Stellen zu besetzen. Die Besetzung der Meisterstellen im Handwerk scheitert sehr oft an der Anerkennung durch die Bezahlung. Seit Jahren wird von uns gefordert die Meister mit einer außerordentlichen Zulage und im Eingangsamt mit der A 9 anfangen zu lassen. Weiterhin fordern wir die Politik

auf, endlich eine Personalaufstockung in allen Bereichen vorzunehmen. Die Ausfallquote wurde anno dazumal errechnet oder soll man sagen diktiert. Wir empfinden diese als völlig unzureichend. Zumal in den letzten Jah-

ren eine Vielzahl an guten Regelungen von der Politik verabschiedet wurden. Lebensarbeitszeitkonten; Eltern- und Pflegezeitengesetz und eine Vielzahl von guten und notwendigen Fortbildungen müssen „mitgestemmt“ werden. Hätten wir die Anwärter nicht, so würden wir den Dienstbetrieb nicht mehr aufrecht halten können. Eine gute Ausbildung sieht anders aus. Wertschätzung ebenfalls.

Ortsverband Wiesbaden:
Wo drückt der Schuh?

Kommentar von Kollege Pulver

Tarifvertretung im Landesverband Hessen:

dbb Fortbildung Sommerakademie „Tarifrecht total“

Tätigkeitsbericht aus dem Landesvorstand (2)



Fotos (2): BSBD Hessen

total“ vom 02. bis 06. Juni hatte für mich eine Flut an Informationen im Gepäck. Die Referenten der Veranstaltung führten uns gekonnt durch das Programm. Von Grundlagen und Grundbegriffen starten wir über den Beginn des Arbeitsverhältnisses über das Entgelt zur Arbeitszeit. Neben Befristung waren Teilzeitbeschäftigung und Elternzeit/Mutterschutz ebenso Themenbereiche wie Urlaub und Arbeitsbefreiung, sogar Zeugnisse und Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden behandelt.

„Austausch und Vernetzung haben stets Mehrwert!“

Zu jedem Fachgebiet erfolgte anhand von „Fällen“ aus der Praxis die Vermittlung der gesetzlichen Grundlagen. Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung wurde uns umfassendes Lehrmaterial ausgehändigt. Die Teilnehmer der Veranstaltung kamen aus den unterschiedlichsten Bereichen und Ländern des öffentlichen Dienstes. Die Kommunen und der Bund waren ebenfalls vertreten. Die bunte Mischung des Teilnehmerkreises brachte einige spannende Anekdoten aus den unterschiedlichen Fachbereichen zutage.

Der ein oder andere Kontakt zu anderen Einrichtungen und Behörden bleibt mit Sicherheit bestehen. Nach dem Motto „Austausch und Vernetzung haben stets Mehrwert!“ verfolgen wir



doch alle ein Ziel und kämpfen gemeinsam für Verbesserungen.

Wir – der BSBD – treten mit den politischen Entscheidern in Kontakt! Wir sprechen Missstände an!

*Wilma Volkenand
Stellvertretende Landesvorsitzende*